



### Schranne: Soziale Dienste protestieren

Donnerstag demonstrierten unter dem Motto „Wir fardienen mehr“ 30 Betriebsräte von sieben Sozialvereinen auf der Schranne für die Einhaltung ihrer Kollektivverträge. Auch etliche Arbeitgeber zeigten Verständnis für die Aktion. Peter Römer, Geschäftsführer des Landesverbands für Psychohygiene, sagt: „Die jährlichen Lohnerhöhungen und Biennalsprünge werden uns

vom Land nicht voll abgegolten. Also bleibt uns nichts anderes übrig, als Dienstposten zu kürzen.“ Die von der ÖVP geäußerte Kritik („Sozialvereinen fehlt es an Kostenbewußtsein“) will auch Michael König, Geschäftsführer des Diakoniezentrums, so nicht gelten lassen: „Mir sagen Leute aus der Wirtschaft, dass wir vorbildlich kalkulieren. Es gibt keinen Spielraum mehr.“ Bilder: SN/VEIGL

TOTAL VOLL,  
DER MOND.





www.salzburg.com/wizany

der Initiative sind auch mehrere Pfarrer aus Salzburg.

## Landesrätin geschäftsbereit

### Betriebsräte wollen mehr Geld für soziale Dienste

SALZBURG (SN-stv). Betriebsräte von Caritas, Diakonie, Pro Juventute und Drogenberatung sprachen Dienstag bei Soziallandesrätin Cornelia Schmidjell (SPÖ) vor. Sie fordern eine kollektivvertragsgerechte Entlohnung der Mitarbeiter der Sozialvereine. Donnerstag wollen sie

auf der Schranne protestieren. Schmidjell: „Der Vorwurf, dass wir Kollektivverträge nicht einhalten, ist nicht richtig. Primär sind die Arbeitgeber, also die Sozialvereine, in der Pflicht.“ Sie verstehe die Anliegen der Betroffenen aber sehr gut. „Ich sehe das Gespräch als Beginn eines längeren Dialogs.“



Die Betriebsräte Sylvia Stern (Drogenberatung), Klaus-Peter Fritz (Pro Juventute), Hanni Landauer (Diakonie) und Christian Seelmann (Caritas) deponierten ihre Forderungen bei Cornelia Schmidjell (M.) Bild: SN/R. RÄTZER

## „Pakt für Salzburg“ fixiert

Land und Gemeinden überlassen sich Überschüsse

SALZBURG (SN). Das Land, die Salzburger Städte und die Gemeinden haben einen „Pakt für Salzburg“ zur Budgetstabilisierung abgeschlossen. Konkret übertragen die Gemeinden etwaige Übererfüllungen ihrer Stabilitätsbeiträge an den Bund in den Jahren 2010 bis 2014 an das Land, soweit die Gemeinden selbst diese Ergebnisse nicht für die Erreichung ihrer

Stabilitätsverpflichtungen benötigen – und umgekehrt. „Das ist auch ein Signal an die Bevölkerung, dass in Salzburg die Zusammenarbeit funktioniert und wir wechselseitig Verantwortung wahrnehmen“, freute sich LH-Stv. David Brenner nach Unterzeichnung des Vertrags mit Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer und Bürgermeister Heinz Schaden.

# Jetzt geht es um die Wurst

August müssen die Abteilungen die Budgetvorschläge vorlegen. Dafür brauchen sie aber die Erlöse des Landes, wie viel sie in etwa ausgeben dürfen. Die Verhandlungen ringen jetzt Finanzreferent David Brenner (SPÖ) und LH-Stv. Wilfried Haslauer. Zu hören ist, dass die Beamten-Federn lassen müssen. Das Personalbudget von 142 Millionen Euro soll gedeckelt werden. Falls – wie versprochen – keine Nulllohnstunden stattfinden, bedeutet das effektiv den dauernden Personalabbau. Kommt doch eine Nulllohnstunde, würde diese allenfalls zwei Millionen Euro einsparen. Großprojekte im Straßenverkehr dürften um Jahre nach hinten verschoben werden. Das betrifft

Umfahrungen wie in Saalfelden – oder auch den Gitzentunnel bei Bergheim. Dessen Bau hatte jüngst der Landesrechnungshof kritisiert.

■ Auch bei der Wirtschaftsförderung gilt eine Kürzung um 15 Prozent als realistisch.

**Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keinen Kommentar.**

**Büro LH-Stv. Haslauer, zu den Budgetverhandlungen**

■ Stetig gestiegen ist der Betriebsabgang der Landeskliniken. Die Budgetplaner überlegen, den SALK nun eine Art Kostendeckel zu

verpassen – also einen fixen Zuschuss, mit dem diese auskommen müssen. Auch wenn das bedeutet, die Aus- und Umbaupläne zu verschieben.

■ Pauschal gespart wird wohl bei den Ermessensausgaben – also Leistungen, die das Land freiwillig und teils im Einzelfall vergibt.

■ Hinterfragt werden auch Sozialleistungen wie der Bildungs- und der Heizscheck, ebenso wie die Pendlerbeihilfe des Landes. Das riesige Sozialressort benötigt nach eigenen Angaben mehr Geld, gerade für die Behindertenhilfe. Das Sozialbudget könnte aber zumindest eingefroren werden.

■ Wahrscheinlich ist, dass die Einsparungen „fair“ zwischen SPÖ- und ÖVP-Ressorts

aufgeteilt werden; freilich ungeachtet der eigentlichen Sparmöglichkeiten.

■ Dabei haben die beiden „Reichshälften“ jeweils konkrete Vorstellungen, wo der jeweils andere sparen könnte: In der SPÖ gilt vor allem das Agrarressort samt Landwirtschaftskammer als aufgebläht. Auch die Bauabteilung brauche – mangels großen Bauprojekten – nicht mehr so viel Personal. Umgekehrt stoßen sich manche in der ÖVP an zu vielen Sozialarbeitern in den Bezirken und an fehlendem Kostenbewusstsein bei den Sozialvereinen.

■ Was wohl nicht kommt: Ein Verkauf der Wohnbauförderdarlehen. Oder der Landesanteile an der Salzburg AG oder am Flughafen.



## „Ich kann nicht mehr leisten“

in Einlenken durch den Landesschulrat

gungende Kollegin in der gleichen Situation Recht bekommen hat. Andreas Mazzucco, Direktor des Landesschulrats, sagt dazu, dieses Gerichtsurteil sei „wenig hilfreich, weil es zeitgleich ein anderes Urteil gab“. Bei diesem zweiten Urteil habe der Kläger verloren. Die Rechtsposition des Landesschulrats bleibe unverändert: „Nach dem Beamtenstreitgesetz gebührt den

beiden die höhere Einstufung nicht.“

Wilfing hat mittlerweile einen Rechtsanwalt eingeschaltet. Christian Burtscher, der Kollege der beiden HTL-Lehrer, kritisiert die „Schulbürokratie“. Mülleitner und Wilfing seien vor Jahren zu den besseren Gehaltsbedingungen angestellt worden. „Der Fehler liegt eindeutig beim Landesschulrat.“

## POLITIK KOMPAKT

### Pflege: ÖVP kritisiert SPÖ wegen Warteliste

SALZBURG (SN). Die „Ausbildungslücken“ in der Pflegeausbildung müssten geschlossen werden. Das sagt ÖVP-Sozialsprecherin LAbg. Brigitta Paltauf zum Mangel an Ausbildungsplätzen und zur Warteliste an der Krankenpflegeschule der Landeskliniken. Soziallandesrätin Cornelia Schmidjell (SPÖ) dagegen sagt, mit dem „Pflegermasterplan“ gebe es eine umfassende Bestandsauf-

nahme zur Personalsituation im Pflegebereich. Es gebe keinen Grund, die Pflege „krankzureden“. Kritik kommt auch von der Stadt-ÖVP. Die Stadt investiere 300.000 Euro in eine dreijährige Ausbildung für zehn Stiftungsteilnehmer, sagt GR Marlene Wörndl. „Diesen Betrag hätte man wahrscheinlich gewinnbringender in eine Ausdehnung der Schulplätze in der Krankenpflegeschule investiert.“ Konter der Stadt-SPÖ: „Eine unbedarfte Milchmädchenrechnung der ÖVP.“